

Dresdner Neueste Nachrichten

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus 2,00 RM. einfl. Trägerviertel monatlich. Postmonatlich 1,00 RM. Postbezug monatlich 2,00 RM. einfl. 45 Pf. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Kreuzbandabonnenten: Für die Woche 1,00 RM. Einzelnummer 10 Pf., außerhalb Groß-Dresdens 15 Pf.

mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundpreis: die 10spaltige mm-Zeile im Anzeigenteil 14 Pf., Stellengruppe und private Familienanzeigen 6 Pf., die 29 mm breite mm-Zeile im Textteil 1,10 RM. Nachschuß nach Maßstab I oder II gemessen. B. Briefgebühren für Ziffern- und Bildanzeigen 30 Pf. wochentl. Porto. Zur Zeit ist Anzeigenpreisliste Nr. 4 gültig.

Postanschrift: Dresden-N. 1. Postfach - Fernruf: Ostverkehr Sammelnummer 24601, Fernverkehr 27981-27983 - Telegr.: Neueste Dresden - Berliner Schriftleitung: Berlin W. 35, Diktoriastr. 1a; Fernruf: Kurfürst 9361-9366
Postfach: Dresden 2060 - Nichterlangte Einblendungen ohne Rückporto werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. - Im Falle höherer Gewalt oder Betriebsstörung haben unsere Verleger keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Anzeigens

Nr. 159 / 43. Jahrgang × **Mit der Beilage „Kraftverkehr im neuen Deutschland“** Donnerstag, 11. Juli 1935

Arbeitslosigkeit weiter stark gesunken

Unterbrechung der italienisch-abelinischen Schlichtungsverhandlungen - Der Stand des Fernverkehrs - Große Aufträge der Reichsbahn

Panne in Scheveningen

Und nun wieder der Völkerverbund?

In dem holländischen Seebad Scheveningen toste, wie bekannt, seit einiger Zeit ein italienisch-abelinischer Schlichtungsprozess. Dieser Schlichtungsprozess hat am Dienstag seine Beratungen auf unbestimmte Zeit unterbrochen, da keine Einigung zwischen den Vertretern Abelinischen und Italiens zu erzielen war.

Die Beratungen des Scheveninger Schlichtungsprozesses galten nur einer Teilfrage des großen italienisch-abelinischen Konflikts, nämlich dem Zwischenfall von Ual-Ual, der seinerzeit den letzten Ausstoß zum Zusammenbruch zwischen beiden Völkern gab. Der Völkerverbund hatte vor einigen Monaten den Ausstoß eingeleitet, um diesen Zwischenfall zu klären. Verträge, die Klärung des Zwischenfalls zu erreichen, wurden von Italien abgelehnt.

Der Abbruch der Verhandlungen erfolgte, weil die Italiener dagegen Verwahrung einlegten, daß der französische Völkerverbund, Professor Jéze, der als Vertreter Abelinischen auftritt, in seinem Vordruck von der Voraussetzung ausging, daß Ual-Ual abelinisches Gebiet sei. Die Italiener weigerten sich aber, über die Frage des Gebietes und der Grenzbestimmung zu verhandeln und verlangten, daß lediglich über den Zwischenfall als solchen gesprochen würde. Daraufhin erklärte der Vertreter Abelinischen, daß ihm dadurch zu harte Bedingungen auferlegt würden, und daß er unter solchen Umständen nicht abstimmen könne. Eine Einigung konnte nicht erzielt werden.

Nach den Bestimmungen, die der Völkerverbundrat bei Einleitung des Schlichtungsprozesses traf, müssen die vier Schiedsrichter für den Fall, daß sie sich nicht einig sind, vor dem 25. Juli ein neutrales Land als Mitglied hinzuwählen. Diese Notwendigkeit ist nunmehr eingetreten. Welches es den Schiedsrichtern nicht, sich vor dem 25. Juli auf ein solches Mitglied zu einigen, so muß der Völkerverbundrat zusammenzutreten, um diese Wahl vorzunehmen.

Man wird nach den vorliegenden Meldungen in England alles tun, um eine Vermittlung des Völkerverbundes im jetzigen Augenblick zu vermeiden. Man möchte in London die Reorganisation des Völkerverbundes unter allen Umständen erhalten, weil aber, daß man vielleicht die gesamte Existenz der Völkerverbundliga aufs Spiel setzt, wenn man ihn angesichts der Haltung Italiens zu sehr in den Vordergrund schiebt. Ein neuer Beweis übrigens für die Handlungsunfähigkeit dieser Institution in allen bedeutenden politischen Fragen. Im großen und ganzen gesehen hat der Zwischenfall von Ual-Ual und der zu seiner Klärung eingeleitete Schlichtungsprozess in Scheveningen ein Ergebnis der seitdem eingetretenen allgemeinen Entwicklung natürlich nur noch eine ziemlich akademische Bedeutung. Man bemerkt sich also, die Scheveninger Panne als gar nicht so bedeutend hinzustellen. Unterbrechung ist man in London wie in Paris und Rom eifrig an der Arbeit, um doch noch einen Ausweg aus der Krise zu finden. Abwärtig die Kosten dieses Ausweges von Abelinischen getragen werden müssen, läßt sich im Augenblick noch nicht sagen.

Die Maßnahmen für den 14. Juli

Telegramm unseres Korrespondenten

H. Paris, 10. Juli

Die französische Regierung hat gestern in ihrem Ministerrat alle erforderlichen Maßnahmen getroffen, um für die Feier des Nationalfestes am 14. Juli die Ordnung und die Würde sicherzustellen. Die Ordnungsmaßnahmen werden im einzelnen jedoch nicht mitgeteilt. Gleichzeitig wurde von der Regierung gelegentlich der Nationalfeier eine Reihe von Orden und Ehrenzeichen verteilt. Dem bekanntesten Wissenschaftler Louis Braille, der sich besonders durch seine Erfindungen in der Blindenschrift und im Film einen Namen gemacht hat, wurde das Großkreuz der Ehrenlegion verliehen.

255:4

• Bräun (Mägden), 10. Juli

In diesen Tagen wurden in Magdeburg-Weißhirschen 250 junge Offiziere ausgeweiht. Von diesen waren 200 sächsisch, 19 russisch, einer russischer, einer polnischer, einer russischer und nur vier deutscher Nationalität. Dabei steht fest, daß jeder fünfte tschechoslowakische Soldat sudetendeutscher Nationalität ist. Früher jährlich Hunderte Tausende sudetendeutscher Wehrmänner jeder Truppengattung ausgeweiht, so sind es jetzt kaum mehr Hunderte, die zu Berufsoffizieren in der gesamten tschechoslowakischen Armee ausgebildet werden.

Abnahme um 142 000

Die 2-Millionen-Grenze nunmehr erheblich unterschritten

× Berlin, 10. Juli

Obwohl im Juni die Antriebsmomente für den Arbeitsmarkt nicht mehr so stark zu sein pflegen, weil die Versorgung der Arbeiter mit Arbeitskräften schon in den vorhergehenden Monaten im wesentlichen durchgeföhrt ist und der anfängliche Kräftebedarf der Landwirtschaft für die Ernte im allgemeinen erst später fühlbar wird, brachte der Juni dieses Jahres im Gegensatz zu der Entwicklung in den Vorjahren eine kräftige Abnahme der Arbeitslosen. Ihre Zahl ging weiter um 142 000 auf 1 877 000 zurück. Im Vorjahre brachen die Monate Mai und Juni nur eine Entlastung um 80 000 bzw. 45 000 Arbeitslose, das heißt, zusammen kamen in diesen beiden Monaten 128 000 Arbeitslose bei den Arbeitgebern in Abgang, während in diesem Jahre im gleichen Zeitraum die Arbeitslosigkeit um 355 000 zurückging.

Bei der geringeren Aufnahmeleistung der Arbeiter ist der diesjährige härtere Rückgang überwiegend auf die wirtschaftliche Bedeutung der mehr von dem Konjunkturabfall abhängigen Berufsgruppen zurückzuführen. So hat in der Jahresspanne vom 30. Juni 1934 bis zum 30. Juni 1935 die Arbeitslosigkeit in den Arbeiterberufen um 165 000, in den anderen Berufsgruppen hingegen um rund 80 000 abgenommen.

Am Ausgang der Arbeitslosigkeit waren - wie

im Vormonat - alle Bezirke und fast alle Berufsgruppen beteiligt. Den härtesten Rückgang hatte mit 21 000 der Landarbeitersamensatz Mitteldeutschland. Es folgten Brandenburg mit einer Abnahme von 20 000, Sachsen von 15 000, Mitteldeutschland von 14 000 und Nordmark von rund 13 000.

Um den Bedarf an Arbeitskräften besonders für die Landwirtschaft sicherzustellen, wurden die Not- und Notarbeiten weiter eingeschränkt. Die Zahl der von der Reichsanhalt erforderlichen Notlandarbeiter ging um 44 000 auf 205 000 zurück. Sie liegt damit um mehr als 400 000 unter dem Vorkriegsstand von rund 600 000 Notlandarbeitern, die Ende März 1931 beschäftigt worden sind. So ist also in hervorragendem Maße gelungen, die Zahl der zusätzlich beschäftigten Volksgenossen bei gleichzeitig weiterer erheblicher Zunahme der Arbeitslosenanzahl planmäßig herabzusetzen und die mit staatlichen Mitteln geförderte Arbeit durch Arbeit in der freien Wirtschaft zu ersetzen.

Mit dem weiteren Sinken der Arbeitslosenanzahl haben auch die Unterhaltungsleistungen in der Landwirtschaft entsprechende Entlastungen erfahren. Insgesamt wurden in den drei Unterhaltungsleistungen Ende Juni 1935 rund 1 388 000 Personen in Unterhaltung. Die Unterhaltungsleistungen sind demnach im Berichtzeitraum von rund 91 000 Personen weniger in Anspruch genommen worden als im Vormonat.

Römisches Angebot an London

Offizieller Artikel des „Giornale d'Italia“ - Garantien für die Wasser des Tanasees Zusammenarbeit in Ostafrika

Telegramm unseres Korrespondenten

× Rom, 10. Juli

Da die politischen Kreise Roms den Eindruck gewonnen haben, daß die britische Regierung den Plan aufgegeben hat, mit Hilfe des Völkerverbundes Italiens Plänen in Abessinien entgegenzutreten, stellt das dem Palazzo Chigi stehende „Giornale d'Italia“ im Hinblick auf die heutige englische Ministerkonferenz und die Unterhandlungen vom kommenden Donnerstag vier Punkte auf, die es den Engländern zur Erwägung anheimstellt. Diese vier Punkte, die der Chefredakteur Virginio Gonda in ruhigem Ton, der von dem äußerst lebhaften italienischen Völkerverbund der letzten Tage stark absteht, aufstellt, lauten also:

erste Schritte zu einer Überwindung der italienisch-britischen Spannung

bewertet werden. Es ist nicht das erste Mal, daß sich der Palazzo Chigi dem „Giornale d'Italia“ zur Klärung der politischen Lage bedient, und Gondas Ausführungen beanspruchen daher gerade im gegenwärtigen Augenblick besondere Beachtung. Gonda erklärt zunächst, daß der Gedanke, den Völkerverbund gegen Italien aufzutreten zu lassen, offensichtlich von England aufgegeben wurde und daß es „mehr als verunsichert“ wäre, ihn ganz fallen zu lassen. Damit sei

der Weg frei, um sich mit England direkt und unter ausschließlicher Berücksichtigung der beiderseitigen Interessen und Einvernehmens zu setzen.

Er führt also unter Punkt 1 aus, daß es sich im Konflikt mit England gar nicht um Völkerverbundgrundsätze handele, sondern um den britischen Imperialismus. England sei schon „Herrin der halben Welt“ und wenn bei einer kaum viel größeren Heimatbevölkerung als Italien einen unendlich großen Kolonialbesitz sein eigen. Gonda rechnet den englischen Minister aus, „auf den imperialistischen Wegen im Namen der Gerechtigkeit einzugehen und wenigstens die Straße Italiens nicht zu kreuzen.“ Drittens geht er auf einen Artikel der „Times“ ein, in dem das angeführte Londoner Blatt die Sorge ausdrückt, daß Italien, einmal im Besitz Abessinien,

Gewinn der Wasser des Tanasees

würde, die die Baumwollkulturen Ägyptens und des Sudans bewässern. Das „Giornale d'Italia“ greift zu diesem Zeitpunkt auf und verweist dem Engländern, daß Italien in Addis Abeba keine Gefahr für

die britischen Interessen sein würde. Gonda zählt zahlreiche Beispiele italienischer Unterstützung der englischen Politik in Ostafrika auf und bemerkt, daß den Engländern klarzumachen, daß Italien an Stelle Abessinien der geeignete Nachbar für die britischen Besitzungen wäre. „Niemand denkt daran“, so verfährt er, „an die Wasser des Tanasees zu rühren.“ Deutsch spricht das „Giornale d'Italia“ den Wunsch nach kolonialer Zusammenarbeit mit den Worten aus:

„Die Zusammenarbeit der Großmächte in Ostafrika muß gesucht und verwirklicht werden.“

Ohne sie werden alle kolonialen Besitzungen aller Großmächte ausgenutzt zu unbekannten Größen.“ Unter Punkt 4 erklärt Gonda, daß die Zusammenarbeit der Großmächte von Ostafrika sich auch in Europa nur dann ermöglichen lasse, wenn diese drei Staaten auch in Afrika gemeinsame Wege gingen. Unter Vermittlung jeder Partei enthält also dieser Satz der „Giornale d'Italia“ nicht mehr und nicht weniger als ein italienisches Angebot an England, gemeinsam die

Abgrenzung der Interessensphären

in Ostafrika zu besprechen und freundschaftlich aufzuarbeiten, ein Angebot, das allerdings erst gemacht werden könnte und nur wirksam werden kann, wenn England auf jede Veranziehung des Völkerverbundes in der ostafrikanischen Angelegenheit verzichtet.

Ruhige Beurteilung in Addis Abeba

× Addis Abeba, 10. Juli. (Durch Funkgespräch.) Entgegen verschiedenen in Umlauf gelegten Nachrichten, wonach sich die Lage an den abessinischen Grenzen so verschärft habe, daß man in Addis Abeba beinahe förmlich mit der Eröffnung der Feindschaften durch Italien rechnen kann, schickte man, daß hier von solchen unmittelbar bevorstehenden militärischen Absichten Italiens nichts bekannt ist. Es sei nichts eingetreten, was die Lage plötzlich verändert habe. Daß diese als sehr ernst angesehen werden müsse, und sei langem gewisser Vorsichtsmaßnahmen bedürfte, sei bekannt.

(Siehe auch die Meldungen auf Seite 2)

Gefahren für Europa

Das Spiel um die Dababurger

Von unserer Berliner Schriftleitung

F. Berlin, 10. Juli

Deute wird der österreichische Bundesrat sich mit der Vorlage der Regierung über die Aufhebung des sogenannten Dababurger-Gesetzes beschäftigen. Mit anderen Worten: er wird diese Vorlage annehmen und ihr damit endgültig Gesetzeskraft geben. Auf diese Weise wird die Aktion, die die Wiener Bundesregierung mit ihrem Beschluß in der verflochtenen Woche eingeleitet hat, nach ihrer formalen Seite hin abgeschlossen sein. Die deutschen Sprecher des Abessinien Ausschusses haben sich inzwischen weiter bemüht, einen Zusammenhang zwischen dem neuen Gesetz, das den Dababurgern das Vermögen zurückgibt und ihre Rückkehr nach Österreich erlaubt, und einer dababurgischen Restauration zu betonen. Aber schon das Verhalten der Regierungen der Kleinen Entente zeigt, daß ihr Vertrauen in diese Forderung nicht allzu groß ist. Zunächst bemühen sich die Staatsmänner der Kleinen Entente in Wien und vordringenden Maßnahmen, der österreichischen Regierung darzumachen, daß die Wiedererrichtung des Dababurger-Thrones, wenn sie „doch“ erfolgen sollte, als ein äußerst ernstes Ereignis anzusehen und dementsprechend behandelt würde.

Wir haben keine Veranlassung und keine Neigung, uns in innerösterreichische Angelegenheiten einzumengen. Allein das Echo, das der Aufhebung der Dababurger-Gesetze in ganz Europa, vor allen aber im Südosten des Erdteils ertönt, beweist, daß es sich hier gar nicht um eine innerösterreichische, sondern um eine außenpolitische Frage von entscheidender Bedeutung und größtem Wirkungsbereich handelt. Wir leben in einer Zeit, in der, soweit die europäischen Fragen allein in Betracht kommen, die ersten erfolgversprechenden Anzeichen einer Verständigung und einer fortschreitenden Friedensförderung zu spüren sind. Diese Anzeichen bedürfen vorläufiger Behandlung und behutsamer Pflege. Jede neue Unruhe muß das Werk des Friedens stören, dessen Vollendung nicht zuletzt durch die von aufrichtiger Verhandlungsbereitschaft getragene Politik der Reichsregierung gefördert wird. Die Wiederkehr der Dababurger würde aber ohne Zweifel eine Quelle neuer Unruhen werden. In ein solches Ereignis trägt die große Gefahr schwerer, vielleicht sogar kriegerischer Konflikte in sich. Und diese Entwicklung würde nicht nur die unmittelbar beteiligten, sondern sämtliche Mächte in Mitteleuropa betreffen.

Das alles wird nicht von ungefähr gesagt. Ueber die Folgen dababurgischer Restaurationenveruche hat uns die Nachkriegszeit sehr trübe Erfahrungen gebracht. Wir denken vor allen an die beiden Putschversuche, mit denen der ehemalige Kaiser Karl, der letzte Herrscher auf dem Thron der Doppelmonarchie, im April und im Oktober 1922 sich der ungarischen Königswürde zu bemächtigen suchte. Nur mit knapper Not wurde damals das Schlimmste, ein neuer Krieg in Europa, verhindert. Zeit dieser Zeit wissen wir auch, daß die Aktionen gegen Verfassungen der Dababurger selbst und der dababurgischen Legitimitäten nicht unbedeutend ist. Karl hatte in vor den Russen der Schweizer Bundesregierung feierlich gelobt, sein Exil in der Schweiz nicht zu verlassen...

Man darf nicht übersehen, daß neben den Mächten der Kleinen Entente, den entscheidenden, zum Reuherken entscheidenden Gegnern der dababurgischen Pläne, auch Ungarn mit allen Kräften gegen die Restauration sich wendet. Im dababurger Parlament zählt nur ein verschwindend kleiner Teil der Abgeordneten zu den Anhängern des Hauses Dababurg. Die überwiegende, erdrückende Mehrheit unter Gombos ist wohl monarchisch gesonnen - sie bekämpft sich zur Idee der freien Königswahl - lehnt aber die Wiederkehr eines Dababurgers als Doppelmonarch in Wien und Budapest unbedingt ab. Mussolini hat sich in den letzten Wochen nicht von neuem zu der dababurgischen Frage geäußert. Das mag zum Teil daran liegen, daß er im Augenblick mit Dingen beschäftigt ist, die für ihn wichtiger sind. Aber auch der Duce hat schon wiederholt den Restaurationspolitikern unmissverständlich abgemahnt.

Die Wiederkehr der Dababurger - das muß ohne Zögern ausgesprochen werden - wäre eine unmittelbare Gefährdung des europäischen Friedens. Wir wissen, daß gerade im Südosten dieser Friede am empfindlichsten ist und am leichtesten zu vernichten. Auf diese Gefährdung hinzuweisen und vor übertriebenen Entschlüssen und Handlungen zu warnen, sind in dieser Stunde alle Nationen berechtigt, ja verpflichtet, die mit ihrer ganzen Kraft an der Erhaltung